



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 15. Ratssitzung vom 14. September 2022

615. 2022/17

Postulat von Stephan Iten (SVP), Walter Anken (SVP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 12.01.2022:

Sistierung des Strassenbauprojekts Milchbuck-/Scheuchzerstrasse bis zur Realisierung von Ersatzparkplätzen auf privatem Grund

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Walter Anken (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4852/2022): Das Strassenbauprojekt Milchbuck-/Scheuchzerstrasse, Abschnitt Irchelstrasse bis Schaffhauserstrasse, soll sistiert werden, bis anderweitig Ersatzparkplätze zur Verfügung stehen. Weiter soll das Bewilligungsverfahren für Parkplätze vereinfacht werden, damit die Ersatzparkplätze rasch realisiert werden können und die Velovorzugsroute termingerecht bis zum Jahr 2030 gebaut werden kann. Das beschleunigte Bewilligungsverfahren für Besucherparkplätze sowie Eigenbedarf darf nicht wegen der Grünflächenregelung behindert werden. Der Vorstoss richtet sich weder gegen die Schwammstadt, noch gegen die Velovorzugsroute, die das Volk beschlossen hat. Die SVP akzeptiert Volksentscheide selbstverständlich. Hier werden 127 Parkplätze ersatzlos gestrichen, obwohl es sie braucht. Auch die zahlreichen Einsprachen gegen den Abbau der Parkplätze zeigen, wie dringend in diesem Quartier Parkplätze benötigt werden. Ich habe den Eindruck, dass die Stadt je länger je mehr Parkplätze abbaut, damit sie mehr Bussen verteilen kann. Im Tagblatt vom 13. Juni 2022 konnte man lesen, dass sich Pflegedienste beklagen, weil sie keine Parkplätze finden. Wir sollten uns schämen, dass pflegebedürftige Menschen länger auf ihre Pflege warten müssen, nur weil es zu wenig Parkplätze gibt. Die Bevölkerung hat Angst vor Suchverkehr und zusätzlichem Lärm – dieser wird massiv zunehmen. Die Sistierung des beschleunigten Bewilligungsverfahrens gibt Zeit, damit die Ersatzparkplätze gebaut werden können. So entsteht eine Win-win-Situation für die Velofahrenden, den Fussverkehr und den Motorisierten Individualverkehr (MIV).*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

***STR Simone Brander:** In der Scheuchzer- und Milchbuckstrasse ist eine Velovorzugsroute geplant. Grundlage dafür ist die Volksinitiative «Sichere Velorouten für alle», die im September 2020 vom Stimmvolk angenommen wurde. Vor dem Hintergrund der Klimakrise und dem Netto-Null-Ziel ist für uns klar, dass wir den MIV abbauen und dem Öffentlichen Verkehr (ÖV) sowie dem Fuss- und Veloverkehr den Vorzug geben müssen und möchten. Vereinfacht gesagt bauen wir die neuen Velowege – wo möglich – auf Flächen, die bisher für Autos reserviert waren; also meistens auf Parkplatzflächen oder auch auf einer Autospur. Es gibt keinen Anspruch auf einen Parkplatz auf öffentlichem*



Grund. Das kantonale Planungs- und Baugesetz (PBG) sagt klar, dass das Parken grundsätzlich auf privatem Grund erfolgen muss. Ohne den Platz der betroffenen 62 Parkplätze können wir die Velovorzugsroute nicht bauen und die Ziele verschiedenster städtischer Strategien, die auf Abstimmungsergebnissen beruhen, nicht oder nur verspätet erreichen. Eine Sistierung ist unsinnig, weil es keinen Rechtsanspruch auf öffentliche Autoparkplätze gibt. Im Parkhaus Irchel können zahlreiche Parkplätze gemietet werden und auch in der Seitenstrasse der Scheuchzer- und Irchelstrasse gibt es Blaue-Zone-Parkplätze. Der Stadtrat lehnt deshalb die Entgegennahme des Postulats ab.

Weitere Wortmeldungen:

Stephan Iten (SVP): *Die Vorsteherin des Tiefbauamts machte eben deutlich, dass es nicht um die Förderung der Velorouten, sondern um den Abbau von Parkplätzen geht. Sie argumentierte, es sei nicht die Aufgabe der Stadt, Parkplätze zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig wird unsere Forderung, dass die Privaten mehr Zeit für die Erstellung von Parkplätzen auf privatem Grund erhalten, abgelehnt. Diese Argumentation geht nicht auf. Wenn STR Simone Brander grundsätzlich keine Parkplätze will, soll sie nicht argumentieren, es sei die Aufgabe der Privaten, Parkplätze zu erstellen. Es wird andauernd vom Kompensationspotential gesprochen. Man muss aber auch dafür sorgen, dass diese Kompensation geschaffen wird. Dies fordern wir in unserem Vorstoss. Wir sind nicht gegen die Veloroute. Bevor sie gebaut werden kann, muss man aber prüfen, wie die dafür abgebauten Parkplätze ersetzt werden können. Die Bevölkerung beauftragte uns das Veloroutennetz bis im Jahr 2030 zu erstellen. Wir haben also mindestens noch fünf Jahre Zeit, um den Privaten die Möglichkeit zu geben, die Parkplätze auf privatem Grund zu erstellen. Aber auch das lehnt man ab. Man kann folglich nicht von einem Kompensationspotential sprechen. Es fragt sich, wo das Gewerbe parkieren soll. Ihnen geht es in erster Linie um den Abbau von Parkplätzen und nicht darum, wer sie baut.*

Severin Meier (SP): *Dieser Vorstoss funktioniert nach dem Prinzip «Nicht in meinem Hinterhof». Diese Form von Politik ist unredlich und wird nicht besser dadurch, dass auch andere Parteien manchmal in diese Falle tappen. Die Abstimmung zur Volksinitiative über die Velorouten wurde deutlich angenommen und danach im kommunalen Verkehrsrichtplan bestätigt. Im Postulat steht, es gehe nicht um die Velovorzugsroute. Da habe ich meine Zweifel. Es ist hochproblematisch, den Volkswillen im Kerngehalt abzuschwächen – das ist genau das, was das Postulat will. Müsste man tatsächlich warten, bis alle Parkplätze auf privatem Grund kompensiert sind, wäre das eine jahrelange Verzögerung. Es ist ein Postulat gegen die Velovorzugsrouten, die mehrmals vom Volk bestätigt wurden. Ich finde es besorgniserregend, dass die Partei, die sich selbst als die Verteidigerin der direkten Demokratie und des Volkswillens sieht, hier den Kerngehalt eines mehrfach bestätigten Volksentscheids hinterfragt.*

Johann Widmer (SVP): *Wenn Sie die Velovorzugsrouten in der ganzen Stadt gleich umsetzen wie an der Hardturmstrasse, machen Sie sich zum Gespött der Nation. Als Velofahrer muss ich dort alle hundert Meter an einem Rotlicht neben genervten und schikanierten Autofahrern anhalten. Ich glaube, Sie haben den Begriff «Vorzug» nicht begrif-*



fen. Ihre Umsetzung des Volksentscheids über die Velovorzugsrouten ist eine Lachnummer. Ich hoffe, das Volk realisiert das. Zu den Parkplätzen: Es ist gar nicht so einfach, Parkplätze als Privater zu erstellen und durch das Bewilligungsverfahren zu bringen. Es ist beispielsweise nicht gestattet, rückwärts auf die Strasse zu fahren. Man kann also nur einen Parkplatz bauen, wenn man den ganzen Garten umackert und als Zufahrt umgestaltet, um dann so allenfalls eine Bewilligung zu erhalten. Ihre Politik ist unredlich und ein schweres Politikversagen. Es geht nicht ums Velo, sondern um ein autofreies Zürich.

Dominique Zygmunt (FDP): Dem Postulat ist ein interessanter Gedanken inhärent: Es sollen erst dann Parkplätze aufgehoben werden, wenn sie irgendwo anders entstehen. Damit entsteht die Annahme, dass Parkplätze kompensiert werden können. Wenn Sie aber etwas kompensieren möchten, nehmen Sie Äpfel und kompensieren diese mit anderen Äpfeln. Kompensieren Sie aber Äpfel mit Birnen, geht die Rechnung nicht mehr auf. Dieses Problem sehen wir in diesem Postulat und der gesamten stadträtlichen Philosophie der Kompensationen. Ein Blaue-Zone-Parkplatz könnte demnach auch auf privatem Grund oder in einem Parkhaus stehen und hätte nach stadträtlicher Argumentation immer noch Kompensationsqualität. Unsere Ablehnung des Postulats fusst auf diesem falschen Gedanken. Ein Parkplatz in der Blauen Zone ist nicht die gleiche Art Parkplatz wie ein Parkplatz auf privatem Grund. Er erfüllt einen anderen Zweck, ist kurzfristiger und flexibler und für andere Nutzergruppen da. Deshalb finden wir den im Postulat formulierten Vorschlag keine gute Lösung und werden das Postulat ablehnen.

Markus Knauss (Grüne): Im Postulat steht: «Der Vorstoss richtet sich nicht gegen die geplante Realisierung der Schwammstadt und auch nicht gegen die Umsetzung der vom Volk beschlossenen Velovorzugsrouten.» Nach den eben gehörten Voten ist aber klar, dass die SVP weder die Schwammstadt noch die Velovorzugsrouten unterstützt. Das Planungs- und Baugesetz (PBG) sagt explizit, dass Parkplätze vor allem auf privatem Grund zu erstellen sind. Dieses Gesetz wurde im Jahr 1975 von einem sehr bürgerlichen Parlament verabschiedet, das offenbar ein anderes Verständnis des öffentlichen Raums als Sie hatte. Der öffentliche Raum soll für die Öffentlichkeit zugänglich sein und wir möchten ihn deshalb mit Bäumen und Velovorzugsrouten gestalten. In Ihrem Verständnis ist der öffentliche Raum aber dazu da, um private Güter zu lagern. Die Übergangsfrist, um Parkplätze vom öffentlichen in den privaten Raum zu verlegen, betrug 47 Jahre. Die Grundeigentümer wollten das kantonale PBG offenbar nicht umsetzen. Es gibt wichtigere Aufgaben, auf die wir uns demokratisch geeinigt haben, wie den Bau von Velorouten oder das Pflanzen von mehr Bäumen. Diese Pläne möchten wir jetzt umsetzen. Das Problem der Parkplatzsuche der Pflegedienste haben nur die Spitex-Dienste, die von auswärts kommen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass viele Deutschschweizer Spitex-Organisationen in der Stadt Zürich Geld verdienen möchten und teilweise mit dem Auto kommen. Die Spitex Zürich AG hat dieses Problem nicht, weil sie ihre Kundinnen und Kunden ohne Zeitverlust mit dem Velo erreichen kann. Da wir nicht jeder Spitex-Organisation einen Parkplatz bereitstellen müssen, werden wir das Postulat ablehnen.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Die SVP will weder die Velovorzugsroute noch die Schwammstadt bekämpfen. Die Postulanten brachten klar zum Ausdruck, dass wir mit beidem leben können und möchten. Es ist aber ein Problem, wenn auf einen Schlag so



4 / 4

viele Parkplätze aufgehoben werden. Das Argument, man könne in der Universität Irchel einen Parkplatz mieten, hinkt ein wenig. Ich selbst bin nicht auf die Blaue Zone angewiesen, weil ich einen Parkplatz miete. Es können sich aber nicht alle die Tarife der Parkhäuser leisten. Offensichtlich hat der Stadtrat kein Herz für die alleinstehenden Mütter, die sich einen solchen Parkplatz kaum leisten können. Das ist empörend. Ausserdem wird es erschwert, Parkplätze in Häusern zu schaffen und es werden Genossenschaften gebaut, in denen die Bewohner kein Auto mehr besitzen dürfen. Es ist offensichtlich, dass die Stadtregierung gegen das Auto ins Feld zieht. Ich frage mich, ob die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wusste, worüber sie im Konkreten abstimmt, als sie die Velovorzugsroute annahm. Die Konsequenzen wurden nicht ausdiskutiert. Eine solche Diskussion wird auch heute verhindert, indem die Rednerliste vorzeitig geschlossen wird. Man sollte fair miteinander umgehen – und nicht so, wie dies heute geschieht.

Ronny Siev (GLP): *Es ist nicht unser Problem, wenn die SVP es nicht schafft, ihren Wählerinnen und Wählern deutlich zu machen, worum es bei der Velovorzugsroute geht. Wir setzen uns seit der Parteigründung für mehr Velovorzugsrouten und den Veloverkehr ein. Es gibt kein Menschenrecht auf Blaue-Zone-Parkplätze. Die Blaue Zone wird an diesem Ort früher oder später zuhanden der Velovorzugsroute aufgelöst werden müssen. Der Platz für einen Autoparkplatz ist nicht effizient genutzt, das ist ein Problem. Bei der Scheuchzerstrasse braucht es eine Velovorzugsroute. Die Gegend ist hervorragend angeschlossen; es gibt vier Tramlinien und Mobility-Standorte. Private Parkplätze oder Blaue-Zone-Parkplätze haben dort keine Priorität. Wir lehnen das Postulat deshalb ab.*

Benedikt Gerth (Die Mitte): *Grundsätzlich sind wir dafür, dass man die Anzahl Parkplätze mehr oder weniger beibehält. Wir sind also weder dafür, mehr Parkplätze zu erstellen, noch wollen wir massiv Parkplätze abbauen. Eine Vereinfachung des Baus von privaten Parkplätzen entspricht aber nicht dem gleichen, wie der Abbau von öffentlichen Parkplätzen. Uns ist wichtig, dass man das Umbauprojekt nicht unnötig verzögert. Wir sind im Grundsatz für die Umsetzung von Veloschnellrouten – diese müssen aber nicht immer zulasten von Parkplätzen gehen. Ein Hinweis an Markus Knauss (Grüne): Die meisten Häuser in der Stadt wurden gebaut, bevor das PBG in Kraft trat. Es ist daher schwierig, sich rückwirkend an dieses Gesetz zu halten. Wir lehnen das Postulat ab.*

Das Postulat wird mit 14 gegen 83 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat